



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 9/2005–2006

Inhalt	Seite
13. Erlass eines kantonalen Einführungsgesetzes zur wirtschaftlichen Landesversorgung	879
14. Revision der Einführungsgesetzgebung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz	889
15. Revision der Einführungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih und zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung	915

Inhaltsverzeichnis

13.	Erlass eines kantonalen Einführungsgesetzes zur wirtschaftlichen Landesversorgung	
I.	Ausgangslage	879
II.	Kantonale Rechtsgrundlage für die wirtschaftliche Landesversorgung	880
III.	Gesetzesentwurf vom BWL genehmigt	880
IV.	Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	880
V.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	881
VI.	Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR	882
VII.	Anträge	882
14.	Revision der Einführungsgesetzgebung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz	
I.	Ausgangslage und Anlass für die Revision	889
	1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/14. September 2003 ..	889
	2. Änderung der zuständigen Dienststelle	889
II.	Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln	890
III.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	891
IV.	Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR	891
V.	Anträge	892
	Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz	
	Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz vom 26. November 1991	
	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz (Beilage Entwurf)	
	Anhang	
	Geltendes Recht	

15.	Revision der Einführungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih und zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung	
I.	Ausgangslage und Anlass für die Revision	915
	1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/14. September 2003...	915
	2. Änderung der zuständigen Dienststelle	915
	3. Änderungen im Bereich des Arbeitslosenversicherungsgesetzes	916
II.	Aufbau des Erlasses	916
III.	Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln	916
IV.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	917
V.	Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR	918
VI.	Anträge	918
	Einführungsgesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	
	Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih	
	Aufhebung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung	
	Anhang	
	Geltendes Recht	

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

13.

Erlass eines kantonalen Einführungsgesetzes zur wirtschaftlichen Landesversorgung

Chur, 28. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft und den Entwurf für ein kantonales Einführungsgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung.

I. Ausgangslage

Mit Regierungsbeschluss vom 13. Mai 2003, Protokoll Nr. 702, wurde die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung (Zentralstelle) neu organisiert. Entsprechend den Empfehlungen des Bundesamtes für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) wurde das aus 48 Personen bestehende kantonale Kader auf 8 Personen sowie auf eine Stabsstelle mit 3 Personen reduziert. Aufgabe der Zentralstelle ist es, im Falle von länger dauernden Versorgungengpässen in Zusammenarbeit mit dem BWL geeignete Bewirtschaftungsmassnahmen zu organisieren und zu vollziehen. Mögliche Szenarien sind beispielsweise die Einführung einer Lebensmittelrationierung, die Kontingentierung von Treibstoff für den privaten Strassenverkehr, die Einschränkung des Heizölbezuges im Rahmen der sogenannten Heizölbewirtschaftung sowie die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion.

II. Kantonale Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Landesversorgung

In der Zielvorgabe 2005 des BWL werden die Chefs der kantonalen Zentralstellen für wirtschaftliche Landesversorgung aufgefordert, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit Rechtsgrundlagen geschaffen werden können, welche die Existenz einer kantonalen Organisation für die wirtschaftliche Landesversorgung (Zentralstelle) begründen und den kantonalen Vollzug von Bewirtschaftungsmassnahmen rechtlich gewährleisten. Da der Kanton Graubünden bis jetzt über keine entsprechende Gesetzesgrundlage verfügt, muss ein kantonales Einführungsgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung geschaffen werden.

III. Gesetzesentwurf vom BWL genehmigt

Der Vorschlag für ein kantonales Einführungsgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung wurde dem Rechtsdienst des BWL zur Überprüfung unterbreitet. Das BWL hat den Entwurf überprüft und festgestellt, dass er den kantonalen Bedürfnissen genügt und bundesrechtskonform ist.

IV. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Organisation

Mit Regierungsbeschluss vom 13. Mai 2003, Protokoll Nr. 702, wurde der Vorsteher des kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) als Leiter der Zentralstelle eingesetzt. Artikel 1 bestimmt, dass die Zentralstelle dem KIGA zugeordnet wird. Zudem wird die Regierung legitimiert, die übrigen Mitglieder der Zentralstelle zu wählen.

Art. 2 Gemeinden

Die Übertragung von Vollzugsaufgaben an die Gemeinden und die Ernennung einer Gemeindestelle für wirtschaftliche Landesversorgung entspricht der Situation, welche seit vielen Jahren gesamtschweizerisch Gültigkeit hat. Insbesondere bei der Lebensmittelrationierung nehmen die Gemeinden wichtige und organisatorisch anspruchsvolle Aufgaben wahr.

Die Übertragung von Aufgaben an Private wird im Moment nicht weiter konkretisiert. Die Notwendigkeit einer solchen Delegation könnte sich bei Rationierungsmassnahmen beispielsweise durch die Übertragung von gewissen Aufgaben an Lebensmittelverkaufsgeschäfte oder Tankstellen ergeben.

Art. 3 Aufgaben

Absatz 1

Diese Bestimmung legitimiert die Zentralstelle, die notwendigen organisatorischen Massnahmen für den Vollzug der vom Bund übertragenen Aufgaben zu ergreifen.

Absatz 2

Die Zentralstelle ist verantwortlich für den Vollzug der im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung notwendigen Massnahmen im Kanton und muss deshalb die Möglichkeit haben, Gemeinden und Private, welchen Aufgaben übertragen wurden, zu beaufsichtigen.

Absatz 3

Diese Bestimmung legitimiert die Zentralstelle, die Gemeindeverantwortlichen in regelmässigen Abständen zu instruieren. Zudem ist es notwendig, das kantonale Kader aus- und weiterzubilden.

Art. 4 Kosten

Die Regelung, dass Kanton und Gemeinden die anfallenden Kosten jeweils selbst tragen, entspricht langjähriger Praxis. Solange der Ernstfall nicht eintritt, fallen sowohl beim Kanton wie auch bei den Gemeinden nur sehr geringe Kosten an. Sämtliche Angehörige der Zentralstelle sind kantonale MitarbeiterInnen, welche für diese Aufgabe nicht zusätzlich entlohnt werden. Die Gemeindeverantwortlichen wurden bis anhin im Abstand von 3 bis 4 Jahren jeweils während eines halben Tages über Neuerungen instruiert. Gemäss Auskunft des BWL werden diese periodischen Instruktionsveranstaltungen für Gemeinden nicht mehr durchgeführt. Instruiert soll künftig nur noch dann werden, wenn sich die Notwendigkeit einer Lebensmittelrationierung abzeichnet.

Art. 5 In-Kraft-Treten

Das Gesetz soll nach Ablauf der Referendumsfrist am 1. Februar 2006 in Kraft treten.

V. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen lässt sich festhalten, dass dieses Gesetz in Zeiten ausserhalb eines Katastrophenfalles keine finanziellen Auswirkungen zur Folge hat. Personell beansprucht der Vollzug der wirtschaftlichen Landesversorgung die kantonalen MitarbeiterInnen in sehr bescheidenem Umfang.

VI. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden im vorliegenden Gesetz berücksichtigt.

VII. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem kantonalen Einführungsgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Kantonales Einführungsgesetz zur wirtschaftlichen Landesversorgung

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 54 des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1982 über die wirtschaftliche Landesversorgung¹⁾ sowie auf Artikel 33 des kantonalen Gesetzes über die Katastrophenhilfe²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 28. Juni 2005,

beschliesst:

Art. 1

¹ Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung (Zentralstelle) ist dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) zugeordnet. Organisation

² Die jeweiligen Mitglieder der Zentralstelle werden von der Regierung gewählt.

Art. 2

¹ Die Zentralstelle kann Gemeinden sowie Privaten Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung übertragen. Gemeinden

² Die Organisation der Gemeindestelle für wirtschaftliche Landesversorgung ist Sache der Gemeinden.

³ Die Gemeinde meldet die entsprechende Organisation sowie allfällige Änderungen periodisch der Zentralstelle.

Art. 3

¹ Die Zentralstelle sorgt für die Planung, Vorbereitung, Anordnung und Durchführung sämtlicher Aufgaben und Massnahmen in allen Bereichen der wirtschaftlichen Landesversorgung, die der Bund den Kantonen überträgt. Aufgaben

² Soweit Aufgaben an die Gemeinden oder Private delegiert wurden, führt die Zentralstelle die Aufsicht.

¹⁾ SR 531

²⁾ BR 630.100

³ Die Zentralstelle koordiniert die Zusammenarbeit der Organe der wirtschaftlichen Landesversorgung. Sie sorgt für eine gebührende Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung betrauten Personen.

Art. 4

Kosten

¹ Die Kosten für die Organisation der Zentralstelle werden vom Kanton getragen.

² Die Gemeinden tragen die Kosten für die ihnen übertragenen Aufgaben selber.

Art. 5

In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt nach Ablauf der Referendumsfrist auf den 1. Februar 2006 in Kraft.

Lescha introductiva chantunala tar il provediment economic naziunal

dals...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'artitgel 54 da la lescha federala dals 8 d'october 1982 per il provediment economic naziunal¹⁾ sco er sin l'artitgel 33 da la lescha chantunala davart l'agid en cas da catastrofes²⁾,

suenten avair gi invista da la missiva da la regenza dals 28 da zercladur 2005,

concluda:

Art. 1

¹ La centrala chantunala per il provediment economic naziunal (centrala) è Organisaziun suttamessa a l'uffizi chantunal per industria, mastergn e lavur (UCIML).

² Las commembras ed ils respectivs da la centrala vegnan elegids da la regenza.

Art. 2

¹ La centrala po surdar a las vischnancas sco er a persunas privatas Vischnancas incumbensas dal provediment economic naziunal.

² L'organisaziun da la centrala communalada per il provediment economic naziunal è chausa da las vischnancas.

³ La vischnanca annunzia l'organisaziun correspudenta sco er eventualas midadas periodicamain a la centrala.

Art. 3

¹ La centrala procura per la planisaziun, per la preparaziun, per Incumbensas l'ordinaziun e per la realisaziun da tut las incumbensas e mesiras en tut ils secturs dal provediment economic naziunal che la confederaziun surdat als chantuns.

² Uschenavant che las incumbensas èn vegnidas delegadas a las vischnancas u a persunas privatas, las sto survegliar la centrala.

³ La centrala coordinescha la collavuraziun dals organs dal provediment economic naziunal. Ella procura per ina scolaziun e per in perfecziuna-

¹⁾ CS 531

²⁾ DG 630.100

ment adequat da las personas participadas a las incumbensas dal provediment economic naziunal.

Art. 4

Custs

¹ Ils custs per l'organisaziun da la centrala vegnan purtads dal chantun.

² Las vischnancas portan sezzas ils cust per las incumbensas surdadas ad ellas.

Art. 5

Entrada en vigur

Questa lescha entra en vigur suenter la scadenza dal termin da referendum il 1. da favrer 2006.

Legge cantonale d'applicazione sull'approvvigionamento economico del Paese

del...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'articolo 54 della legge federale dell'8 ottobre 1982 sull'approvvigionamento economico del Paese¹⁾ e l'articolo 33 della legge cantonale sull'aiuto in caso di catastrofi²⁾,

visto il messaggio del Governo del 28 giugno 2005,

decide:

Art. 1

¹ La Centrale cantonale per l'approvvigionamento economico del Paese (Centrale) è attribuita all'Ufficio per l'industria, arti e mestieri e lavoro (UCIML). Organizzazione

² I rispettivi membri della Centrale vengono nominati dal Governo.

Art. 2

¹ La Centrale può delegare a comuni e a privati compiti dell'approvvigionamento economico del Paese. Comuni

² L'organizzazione dell'ufficio comunale per l'approvvigionamento economico del Paese spetta ai comuni.

³ Il comune notifica regolarmente alla Centrale la rispettiva organizzazione ed eventuali cambiamenti.

Art. 3

¹ La Centrale provvede alla pianificazione, alla preparazione, alla disposizione e all'esecuzione di tutti i compiti e provvedimenti in tutti i settori dell'approvvigionamento economico del Paese che la Confederazione delega ai Cantoni. Compiti

² La Centrale esercita la vigilanza sui compiti delegati ai comuni o a privati.

³ La Centrale coordina la collaborazione tra gli organi dell'approvvigionamento economico del Paese. Essa provvede ad un'adeguata formazione e

¹⁾ RS 531

²⁾ CSC 630.100

ad un adeguato perfezionamento delle persone incaricate dei compiti dell'approvvigionamento economico del Paese.

Art. 4

Spese

¹ Le spese per l'organizzazione della Centrale vengono assunte dal Cantone.

² I comuni si assumono le spese per i compiti loro assegnati.

Art. 5

Entrata in vigore

La presente legge entra in vigore il 1° febbraio 2006, dopo la scadenza del termine di referendum.

Revision der Einföhrungsgesetzgebung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz

Chur, 5. Juli 2005

Sehr geehrter Herr Standespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft und den Entwurf für eine Revision der Einföhrungsgesetzgebung bzw. der Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz (BR 530.100).

I. Ausgangslage und Anlass für die Revision

1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/14. September 2003

Am 1. Januar 2004 ist die neue Kantonsverfassung in Kraft getreten. Die zur Zeit geltende Vollziehungsverordnung stützt sich noch auf Art. 15 Abs. 3 der alten Kantonsverfassung, weshalb Änderungsbedarf besteht. Die bisherige Vollziehungsverordnung ist neu als Einföhrungsgesetz auszugestalten.

Seit 1. August 2000 ist das revidierte Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz; ArG) in Kraft. Die Verweise der Verordnung beziehen sich noch auf das alte Arbeitsgesetz und müssen im neuen Gesetz angepasst werden.

2. Änderung der zuständigen Dienststelle

In der geltenden Vollziehungsverordnung wird das Amt für Wirtschaft und Tourismus (AWT) als für den Vollzug der Verordnung zuständige Dienststelle bezeichnet. Amtsintern lag die Zuständigkeit bis Ende 1997 bei der damaligen Abteilung Industrie, Gewerbe und Arbeit des AWT. Diese Abteilung wurde per 1. Januar 1998 zu einem eigenständigen Amt, dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA). Mit der Abspaltung hat das KIGA sämtliche Aufgaben, welche es als Abteilung des AWT innehatte, übernommen. Die in

der bisherigen Verordnung angegebene Zuständigkeit für den Vollzug stimmt deshalb mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr überein, zuständig ist nicht mehr das AWT, sondern das KIGA. Im Gesetz bzw. in der noch zu erlassenden dazugehörigen Regierungsverordnung muss deshalb die entsprechende Anpassung vorgenommen werden.

II. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 1 Departement

Departement des Innern und der Volkswirtschaft wird durch die Bezeichnung «zuständiges Departement» ersetzt.

Art. 2 Amt, Aufgaben

Absatz 1

Zuständig ist nicht mehr das AWT, sondern das KIGA. Entsprechend den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFR) bezeichnet die Regierung die zuständige Behörde in der regierungsrätlichen Verordnung.

Art. 3 Gemeinden

Absatz 1 und Absatz 2

Die Bezeichnung der zuständigen Behörde als das «Amt» entspricht den Grundsätzen der VFR. Die entsprechende Bezeichnung findet sich auch in Artikel 4 Absatz 1 und 2, Artikel 6 Absatz 1 und 2, Artikel 9 Absatz 1 und Artikel 10 Absatz 1.

Art. 4 Weitere Amtsstellen, Kantonspolizei

Die bisherige Bezeichnung «weitere Amtsstellen» wird durch «weitere kantonale Amtsstellen» präzisiert.

Art. 5 Plangenehmigung und Betriebsbewilligung

Keine Änderungen.

Art. 6 Planbegutachtung

Keine Änderungen.

Art. 7 Feiertage

Mit der Revision des eidgenössischen Arbeitsgesetzes hat sich die Nummerierung der einzelnen Bestimmungen geändert. Es ist deshalb eine Anpassung des Verweises in Artikel 7 des Gesetzes notwendig. Neu bezieht sich diese Bestimmung auf Artikel 20 Buchstabe a ArG.

Art. 8 Gebühren

Keine Änderungen.

Art. 9 Rechtsmittelverfahren, 1. nach ArG

Keine Änderungen.

Art. 10 Rechtsmittelverfahren, 2. nach UVG

Absatz 1

Das Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes (ATSG) vom 6. Oktober 2000, in Kraft seit 1. Januar 2003, sieht für Streitigkeiten in Sozialversicherungsangelegenheiten ein Einspracheverfahren bei der verfügbaren Behörde vor. Artikel 1 des Unfallversicherungsgesetzes verweist auf das ATSG. Obwohl das Einspracheverfahren bundesrechtlich geregelt ist, erscheint es aus Gründen der Rechtsicherheit richtig, dieses Verfahren im kantonalen Gesetz zu erwähnen.

Art. 11 Strafverfolgung

Keine Änderungen.

Art. 12 In-Kraft-Treten

Das Gesetz soll nach Ablauf der Referendumsfrist am 1. Februar 2006 in Kraft treten.

III. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Revision hat keinerlei finanzielle oder personelle Auswirkungen.

IV. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden im vorliegenden Gesetz berücksichtigt.

V. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz zuzustimmen;
3. die Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz aufzuheben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 41 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (Arbeitsgesetz, ArG)¹⁾ auf Artikel 85 Absatz 1 und Artikel 86 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (Unfallversicherungsgesetz, UVG)²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005.

beschliesst:

I. Vollzugsbehörden, Aufgaben

Art. 1

¹ Das zuständige Departement überwacht den Vollzug der Arbeitsgesetzgebung sowie der Unfallversicherungsgesetzgebung über die Unfallverhütung. Departement

² Es verfügt die zwangsweise Schliessung von Betrieben (Art. 52 Abs. 2 ArG; Art. 86 Abs. 2 UVG).

Art. 2

¹ Die Regierung bezeichnet die zuständige kantonale Behörde (Amt) im Sinne der Arbeitsgesetzgebung und der Unfallversicherungsgesetzgebung, soweit sie die Unfallverhütung betrifft. Amt, Aufgaben

² Diese hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Verhinderung der Benützung von gefährlichen Räumen und Einrichtungen sowie Beschlagnahme von Stoffen und Gegenständen (Art. 52 Abs. 2 ArG; Art. 86 Abs. 2 UVG);
- b) Durchführung des Plangenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahrens;
- c) Planbegutachtungen;
- d) Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen.

¹⁾ SR 822.11

²⁾ SR 832.20

Art. 3

Gemeinden

¹ Die zuständige Gemeindebehörde unterstützt das Amt beim Vollzug dieser Verordnung.

² Sie führt die ihr vom Amt zugewiesenen Aufträge aus und meldet diesem insbesondere Bauvorhaben von Betrieben, welche dem Plangenehmigungsverfahren unterstellt sind.

³ In der Baubewilligung ist der Vorbehalt der Plangenehmigung aufzunehmen.

Art. 4Weitere
Amtsstellen,
Kantonspolizei

¹ Das Amt kann das Feuerpolizeiamt, sowie weitere kantonale Amtsstellen sowie die Kantonspolizei zur Mitwirkung bei Vollzugsaufgaben beiziehen.

² Das Feuerpolizeiamt setzt das Amt insbesondere über Bauvorhaben in Kenntnis, für welche eine Planbegutachtung in Frage kommt und stellt ihm die entsprechenden Planunterlagen zur Verfügung.

II. Plangenehmigung, Planbegutachtung**Art. 5**Plangenehmigung
und Betriebs-
bewilligung

Das Plangenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahren nach Artikel 7 ArG ist auch für Betriebe durchzuführen, mit deren Unterstellung als industrielle Betriebe im Sinne von Artikel 5 ArG in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Art. 6

Planbegutachtung

¹ Wo eine Beratung im Sinne der Gesundheitsvorsorge nach der Arbeitsgesetzgebung oder im Sinne der Unfallverhütung nach der UVG für Bau- und Einrichtungsvorhaben nicht industrieller Betriebe zweckmässig erscheint, kann beim Amt eine Planbegutachtung beantragt werden.

² Das Amt kann der zuständigen Gemeindebehörde beantragen, besondere Massnahmen, die sich gemäss Artikel 6 ArG und Artikel 82 UVG aufdrängen, als Auflagen in die Baubewilligung aufzunehmen.

III. Ruhezeit**Art. 7**

Feiertage

Im Sinne von Artikel 20 Buchstabe a ArG sind den Sonntagen gleichgestellt: Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Auffahrt, Pfingstmontag, Weihnachtstag, Stefanstag.

IV. Gebühren

Art. 8

Die Regierung erlässt einen Gebührentarif.¹⁾

Gebühren

V. Rechtsmittel und Strafverfahren

Art. 9

¹ Gegen Verfügungen des Amtes kann innert 30 Tagen seit Mitteilung beim Departement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

Rechtsmittelverfahren
1. nach
Arbeitsgesetz

² Verfügungen und Entscheide des Departementes können innert 30 Tagen seit Mitteilung mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

Art. 10

¹ Gegen Verfügungen des Amtes oder des Departementes kann innert 30 Tagen bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden (Art. 1 UVG in Verbindung mit Art. 52 ATSG).²⁾

2. nach Unfallversicherungsgesetz

² Das weitere Rechtsmittelverfahren richtet sich nach Artikel 105 Buchstabe a und Artikel 109 UVG.

Art. 11

Übertretungen gemäss Artikel 60 in Verbindung mit Artikel 61 Absatz 2 ArG und Artikel 113 UVG werden vom Departement beurteilt. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung³⁾ über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden.

Strafverfolgung

VI. Schlussbestimmung

Art. 12

Dieses Gesetz tritt nach Ablauf der Referendumsfrist per 1. Februar 2006 in Kraft.

In-Kraft-Treten

¹⁾ BR 530.150

²⁾ SR 830.1

³⁾ BR 350.00

Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz vom 26. November 1991

Aufhebung vom

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,
gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005,
beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz vom 26. November 1991 wird aufgehoben.

II.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz in Kraft.

Verordnung zum Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz

Gestützt auf Artikel 45 Absatz 1 der Kantonsverfassung¹⁾ und Artikel 2 Absatz 1 des Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz²⁾

Von der Regierung erlassen am

Art. 1

Das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit ist die zuständige Amtsstelle im Sinne des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes, soweit es die Unfallverhütung betrifft.

Zuständige
Behörde

Art. 2

Diese Verordnung tritt mit dem Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz am 1. Februar 2006 in Kraft.

In-Kraft-Treten

¹⁾ BR 110.100

²⁾ BR 530.100

Lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 41 da la lescha federala davart la lavur en l'industria, en il mastergn ed en il commerzi dals 13 da mars 1964 (lescha da lavur, LL)¹⁾, sin l'art. 85 al. 1 e sin l'art. 86 da la lescha federala davart l'assicuranza d'accidents dals 20 da mars 1981 (lescha davart l'assicuranza d'accidents, LAA)²⁾,

sunter avair gi invista da la missiva dals 5 da fanadur 2005,

concluda:

I. Autoritads executivas, incumbensas

Art. 1

¹ Il departament cumpetent surveglia l'execuziun da la legislaziun da lavur sco er la legislaziun davart l'assicuranza d'accidents davart la prevenziun d'accidents. Departament

² El decretescha da serrar manaschis per forza (art. 52 al. 2 LL; art. 86 al. 2 LAA).

Art. 2

¹ La regenza designescha l'autorità chantunala cumpetenta en il senn da la legislaziun da lavur e da la legislaziun davart l'assicuranza d'accidents, uschenavant che questa concerna la prevenziun d'accidents. Uffizi,
incumbensas

² Questa autorità ha spezialmain las suandantas incumbensas:

- a) impedir il diever da localitads e d'indiriz privlus sco er confiscar materias ed objects (art. 52 al. 2 LL; art. 86 al. 2 LAA);
- b) realisar la procedura d'approvaziun dals plans e la procedura da permissiun da manaschi;
- c) giuditgar ils plans;
- d) conceder permissiuns da temp da lavur.

¹⁾ CS 822.11

²⁾ CS 832.20

Art. 3

Vischnancas

¹ L'autorità communal cumpetenta sustegna l'uffizi en l'execuziun da questa lescha.

² Ella exequescha las incumbensas ch'ella ha survegnì da l'uffizi ed annunzia a quel spezialmain projects da construcziun da manaschis ch'èn sutta-mess a la procedura d'approvaziun dals plans.

³ En la permissiun da construcziun sto vegnir integrada la resalva da l'approvaziun dals plans.

Art. 4

Ulteriurs uffizis, polizia chantunala

¹ L'uffizi po consultar l'uffizi da polizia da lieu, ulteriurs uffizis sco er la polizia chantunala per cooperar tar incumbensas executivas.

² L'uffizi da polizia da lieu orientescha l'uffizi spezialmain davart projects da construcziun, per ils quals in giudicament dals plans vegn en dumonda, ed al metta a disposiziun ils plans correspundents.

II. Approvaziun dals plans, giudicament dals plans**Art. 5**

Approvaziun dals plans e permissiun da manaschi

La procedura d'approvaziun dals plans e la procedura da permissiun da manaschi tenor l'artitgel 7 LL ston vegnir fatgas er per manaschis, dals quals ins po far quint ch'els vegnian sutta-mess proximamain sco manaschis industrials en il senn da l'artitgel 5 LL.

Art. 6

Giudicament dals plans

¹ Nua ch'ina cussegliaziun para d'esser cunvegna en il senn da la prevenziun da la sanadad tenor la legislaziun da lavur u en il senn da la prevenziun d'accidents tenor la legislaziun davart l'assicuranza d'accidents per projects da construcziun e d'indrizz en cas da manaschis betg industrials, po vegnir dumandà in giudicament dals plans tar l'uffizi.

² L'uffizi po dumandar l'autorità communal cumpetenta d'integrar mesiras spezialas, che s'imponan tenor l'artitgel 6 LL e tenor l'artitgel 82 LAA, sco cundiziuns en la permissiun da construcziun.

III. Temp da paus**Art. 7**

Firads

En il senn da l'artitgel 20 litera a LL han il medem status sco las dumen-gias: Bumaun, venderdi sontg, glindesdi da Pasca, Ascensiun, glindesdi da Tschuncaisma, il di da Nadal e Son Steffan.

IV. Taxas

Art. 8

La regenza relascha ina tariffa da taxas ¹⁾.

Taxas

V. Meds legals e procedura penala

Art. 9

¹ Cunter disposiziuns da l'uffizi po vegnir fatg recurs administrativ entaifer 30 dis dapi la communicaziun tar il departament.

Procedura da
meds legals
1. tenor la lescha
da lavur

² Cunter disposiziuns e decisiuns dal departament po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la communicaziun tar la dretgira administrativa.

Art. 10

¹ Cunter disposiziuns da l'uffizi u dal departament po vegnir fatg protesta entaifer 30 dis tar il post che dispona (art. 1 LAA en cumbinaziun cun l'art. 52 LPGA) ²⁾.

2. tenor la lescha
davart l'assicuran-
za d'accidents

² L'ulteriura procedura da meds legals sa drizza tenor l'artitgel 105 litera a e tenor l'artitgel 109 LAA.

Art. 11

Surpassaments tenor l'artitgel 60 en cumbinaziun cun l'artitgel 61 alinea 2 LL e tenor l'artitgel 113 LAA vegnan giuditgads dal departament. La procedura sa drizza tenor las disposiziuns da la procedura penala ³⁾ davart la procedura penala davant autoritads administrativas.

Persecuziun
penala

VI. Disposiziun finala

Art. 12

Questa lescha entra en vigur sunter la scadenza dal termin da referendum il 1. da favrer 2006.

Entrada en vigur

¹⁾ DG 530.150

²⁾ CS 830.1

³⁾ DG 350.000

Ordinaziun executiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents dals 26 da november 1991

aboliziun dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,
suenter avair gè invista da la missiva da la regenza dals 5 da fanadur 2005,

concluda:

I.

L'ordinaziun executiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents dals 26 da november 1991 vegn abolida.

II.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents.

Ordinaziun tar la lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents

sa basond sin l'artitgel 45 alinea 1 da la constituziun chantunala¹⁾ e sin l'artitgel 2 alinea 2 da la lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents²⁾

relaschada da la regenza ils ...

Art. 1

L'uffizi per industria, mastergn e lavur è l'uffizi cumpetent en il senn da la lescha da lavur e da la lescha davart l'assicuranza d'accidents, uschenavant ch'i concerna la prevenziun d'accidents. Autoritad cumpetenta

Art. 2

Questa ordinaziun entra en vigur cun la lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents il 1. da favrer 2006. Entrada en vigur

¹⁾ DG 110.100

²⁾ DG 530.100

Legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni

del...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 41 della legge federale del 13 marzo 1964 sul lavoro nell'industria, nell'artigianato e nel commercio (Legge sul lavoro, LL)¹⁾, l'art. 85 cpv. 1 e l'art. 86 della legge federale del 20 marzo 1981 sull'assicurazione contro gli infortuni (LAINF)²⁾,

visto il messaggio del Governo del 5 luglio 2005,

decide:

I. Autorità esecutive, compiti

Art. 1

¹ Il Dipartimento competente sorveglia l'esecuzione della legislazione sul lavoro e della legislazione sull'assicurazione contro gli infortuni concernente la prevenzione degli infortuni. Dipartimento

² Esso dispone la chiusura coattiva di aziende (art. 52 cpv. 2 LL; art. 86 cpv. 2 LAINF).

Art. 2

¹ Il Governo designa l'autorità cantonale competente ai sensi della legislazione sul lavoro e della legislazione sull'assicurazione contro gli infortuni, se quest'ultima concerne la prevenzione degli infortuni. Ufficio, compiti

² Essa ha in particolare i seguenti compiti:

- a) vietare l'uso di locali e impianti pericolosi, nonché sequestrare sostanze e oggetti (art. 52 cpv. 2 LL; art. 86 cpv. 2 LAINF);
- b) eseguire procedure di approvazione dei piani e di permesso d'esercizio;
- c) allestire perizie sui piani;
- d) rilasciare permessi sulla durata del lavoro.

¹⁾ RS 822.11

²⁾ RS 832.20

Art. 3

Comuni

¹ L'autorità comunale competente sostiene l'Ufficio nell'esecuzione della presente legge.

² Essa esegue i compiti assegnatili dall'Ufficio e notifica a quest'ultimo soprattutto i progetti di costruzione di aziende subordinati alla procedura di approvazione dei piani.

³ Nella licenza edilizia deve essere inserita la riserva dell'approvazione dei piani.

Art. 4Altri uffici,
Polizia cantonale

¹ Per la collaborazione allo svolgimento di compiti esecutivi l'Ufficio può far capo all'Ufficio della polizia del fuoco, ad altri uffici cantonali, nonché alla Polizia cantonale.

² L'Ufficio della polizia del fuoco mette al corrente l'Ufficio in modo particolare su progetti di costruzione per i quali entra in linea di conto una perizia sui piani e mette a sua disposizione i relativi piani.

II. Approvazione dei piani, perizia sui piani**Art. 5**Approvazione dei
piani e permesso
d'esercizio

La procedura per l'approvazione dei piani e per il permesso d'esercizio secondo l'articolo 7 LL deve essere eseguita anche per le aziende, per le quali si prevede in un prossimo futuro l'assoggettamento come aziende industriali ai sensi dell'articolo 5 LL.

Art. 6

Perizia sui piani

¹ Laddove appare opportuna una consulenza in materia di salvaguardia della salute secondo la legislazione sul lavoro oppure ai sensi della prevenzione degli infortuni secondo la LAINF, per progetti di costruzione e per attrezzature di aziende non industriali, può essere chiesta all'Ufficio una perizia sui piani.

² L'Ufficio può chiedere all'autorità comunale competente di assumere come condizioni nella licenza edilizia speciali misure, che si impongono conformemente all'articolo 6 LL e all'articolo 82 LAINF.

III. Riposo**Art. 7**

Giorni festivi

Sono parificati alle domeniche ai sensi dell'articolo 20 lettera a LL: Capodanno, Venerdì Santo, lunedì di Pasqua, Ascensione, lunedì di Pentecoste, Natale, Santo Stefano.

IV. Tasse

Art. 8

Il Governo emana una tariffa.¹⁾

Tasse

V. Rimedi giuridici e procedura penale

Art. 9

¹ Contro le decisioni dell'Ufficio è data facoltà di ricorso amministrativo al Dipartimento entro 30 giorni dalla comunicazione.

Procedura dei rimedi giuridici
1. secondo la legge sul lavoro

² Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo entro 30 giorni dalla comunicazione.

Art. 10

¹ Contro le decisioni dell'Ufficio o del Dipartimento può essere sollevata entro 30 giorni opposizione presso l'organo che le ha notificate (art. 1 LAINF in combinazione con l'art. 52 LPGA).²⁾

2. secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni

² L'ulteriore procedura dei rimedi giuridici si conforma all'articolo 105 lettera a e all'articolo 109 LAINF.

Art. 11

Le contravvenzioni secondo l'articolo 60 in combinazione con l'articolo 61 capoverso 2 LL e l'articolo 113 LAINF sono giudicate dal Dipartimento. La procedura si conforma alle disposizioni della legge sulla giustizia penale³⁾ sulla procedura penale dinanzi ad autorità amministrative.

Azione penale

VI. Disposizione finale

Art. 12

La presente legge entra in vigore il 1° febbraio 2006, dopo la scadenza del termine di referendum.

Entrata in vigore

¹⁾ CSC 530.150

²⁾ RS 830.1

³⁾ CSC 350.000

Ordinanza d'esecuzione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni del 26 novembre 1991

Abrogazione del

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,
visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 5 luglio 2005,

decide:

I.

L'ordinanza d'esecuzione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni del 26 novembre 1991 viene abrogata.

II.

La presente abrogazione entra in vigore insieme alla legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni.

Ordinanza relativa alla legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni

emanata dal Governo il ...

visti l'art. 45 cpv. 1 della Costituzione cantonale¹⁾ e l'art. 2 cpv. 2 della legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni²⁾

Art. 1

¹ L'Ufficio per l'industria, arti e mestieri e lavoro è l'autorità competente ai sensi della legge sul lavoro e della legge sull'assicurazione contro gli infortuni, per quanto riguarda la prevenzione degli infortuni. Autorità competente

Art. 2

La presente ordinanza entra in vigore il 1° febbraio 2006 insieme alla legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni. Entrata in vigore

¹⁾ CSC 110.100

²⁾ CSC 530.100

Geltendes Recht

Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz

Gestützt auf Art. 41 des Bundesgesetzes über die Arbeiten in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (Arbeitsgesetz, ArG)¹⁾, auf Art. 85 Absatz 1 und Art. 86 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (Unfallversicherungsgesetz, UVG)²⁾ und auf Art. 15 Absatz 3 der Kantonsverfassung³⁾

vom Grossen Rat erlassen am 26. November 1991⁴⁾

I. Vollzugsbehörden, Aufgaben

Art. 1

¹⁾ Das Departement des Innern und der Volkswirtschaft (Departement) Departement überwacht den Vollzug der Arbeitsgesetzgebung sowie der Unfallversicherungsgesetzgebung über die Unfallverhütung.

²⁾ Es verfügt die zwangsweise Schliessung von Betrieben (Art. 52 Abs. 2 ArG; Art. 86 Abs. 2 UVG).⁵⁾

Art. 2

¹⁾ Das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Sektion Arbeitsinspektorat Amt (Amt) ist die zuständige kantonale Behörde im Sinne der Arbeitsgesetzgebung und der Unfallversicherungsgesetzgebung, soweit sie die Unfallverhütung betrifft.

²⁾ Es hat insbesondere folgende Aufgaben:

¹⁾ SR 822.11

²⁾ SR 832.20

³⁾ BR 110.100

⁴⁾ B vom 27. August 1991, 209; GRP 1991/92, 536

⁵⁾ SR 832.20

- a) Verhinderung der Benützung von gefährlichen Räumen und Einrichtungen sowie Beschlagnahme von Stoffen und Gegenständen (Art. 52 Abs. 2 ArG, Art. 86 Abs. 2 UVG).¹⁾
- b) Durchführung des Plangenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahrens;
- c) Planbegutachtungen;
- d) Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen.

Art. 3

Gemeinden

¹⁾ Die zuständige Gemeindebehörde unterstützt das Amt beim Vollzug dieser Verordnung.

²⁾ Sie führt die ihr vom Amt zugewiesenen Aufträge aus und meldet diesem insbesondere Bauvorhaben von Betrieben, welche dem Plangenehmigungsverfahren unterstellt sind.

³⁾ In die Baubewilligung ist der Vorbehalt der Plangenehmigung aufzunehmen.

Art. 4

Weitere
Amtsstellen,
Kantonspolizei

¹⁾ Das Amt kann das Feuerpolizeiamt, weitere Amtsstellen sowie die Kantonspolizei zur Mitwirkung bei Vollzugsaufgaben beiziehen.

²⁾ Das Feuerpolizeiamt setzt das Amt insbesondere über Bauvorhaben in Kenntnis, für welche eine Planbegutachtung in Frage kommt, und stellt ihm die entsprechenden Planunterlagen zur Verfügung.

II. Plangenehmigung, Planbegutachtung

Art. 5

Plangenehmigung
und Betriebs-
bewilligung

Das Plangenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahren nach Artikel 7 ArG²⁾ ist auch für Betriebe durchzuführen, mit deren Unterstellung als industrielle Betriebe im Sinne von Artikel 5 ArG³⁾ in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Art. 6

Planbegutachtung

¹⁾ Wo eine Beratung im Sinne der Gesundheitsvorsorge nach der Arbeitsgesetzgebung oder im Sinne der Unfallverhütung nach der Unfallversicherungsgesetzgebung für Bau- und Einrichtungsvorhaben nicht industrieller Betriebe zweckmässig erscheint, kann beim Amt eine Planbegutachtung beantragt werden.

¹⁾ SR 832.20

²⁾ SR 822.11

³⁾ SR 822.11

² Das Amt kann der zuständigen Gemeindebehörde beantragen, besondere Massnahmen, die sich gemäss Artikel 6 ArG und Artikel 82 UVG ¹⁾ aufdrängen, als Auflagen in die Baubewilligung aufzunehmen.

III. Ruhezeit

Art. 7

Im Sinne von Artikel 18 Absatz 2 ArG ²⁾ sind den Sonntagen gleichgestellt: Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Auffahrt, Pfingstmontag, Weihnachtstag, Stefanstag. Feiertage

IV. Gebühren

Art. 8

Die Regierung erlässt einen Gebührentarif. ³⁾ Gebühren

V. Rechtsmittel und Strafverfahren

Art. 9

¹ Gegen Verfügungen des Amtes kann innert 30 Tagen seit Mitteilung beim Departement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Rechtsmittelverfahren
² ⁴⁾ Verfügungen und Entscheide des Departementes können innert 30 Tagen seit Mitteilung mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. a) nach Arbeitsgesetz

Art. 10

¹ Gegen Verfügungen des Amtes oder des Departementes kann innert 30 Tagen bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden (Art. 105 Abs. 1 UVG). ⁵⁾ b) nach Unfallversicherungsgesetz

² Das weitere Rechtsmittelverfahren richtet sich nach Artikel 105 Absatz 2 und Artikel 110 Absatz 1 UVG. ⁶⁾

¹⁾ SR 832.20

²⁾ SR 822.11

³⁾ BR 530.150

⁴⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 13 GrV über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3419

⁵⁾ SR 832.20

⁶⁾ SR 832.20

Art. 11¹⁾

Strafverfolgung

Übertretungen gemäss Artikel 60 in Verbindung mit Artikel 61 Absatz 2 ArG²⁾ und Artikel 113 UVG³⁾ werden vom Departement beurteilt. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung⁴⁾ über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden.

VI. Schlussbestimmungen**Art. 12**Aufgehobene
Vorschriften

Durch diese Verordnung wird die Vollziehungsverordnung zum Arbeitsgesetz, vom Grossen Rat erlassen am 25. November 1965⁵⁾, aufgehoben.

Art. 13

Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1992 in Kraft.

1) Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 13 GrV über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3419

2) SR 822.11

3) SR 832.20

4) BR 350.000

5) AGS 1966,110; 1972, 237; 1985, 1506

Revision der Einföhrungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih und zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung

Chur, 5. Juli 2005

Sehr geehrter Herr Standespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft zur Revision der Einföhrungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG) und zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung (AVIG).

I. Ausgangslage und Anlass für die Revision

1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/4. September 2003

Am 1. Januar 2004 ist die neue Kantonsverfassung in Kraft getreten. Die zur Zeit geltende Vollziehungsverordnung zur Arbeitsvermittlung und Personalverleih stützt sich noch auf Artikel 15 Absatz 3 der alten Kantonsverfassung, so dass Änderungsbedarf besteht. Ebenso erfordert die revidierte Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz vom 14. Dezember 2004, in Kraft gesetzt per 1. Januar 2005, eine Anpassung.

2. Änderung der zuständigen Dienststelle

In der derzeit geltenden Vollziehungsverordnung zur Arbeitsvermittlung und Personalverleih wird das Amt für Wirtschaft und Tourismus (AWT) als für den Vollzug der Verordnung zuständige Dienststelle bezeichnet. Amtsintern lag die Zuständigkeit bis Ende 1997 bei der damaligen Abteilung Industrie, Gewerbe und Arbeit. Diese Abteilung wurde per 1. Januar 1998 zu einem eigenständigen Amt, dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA).

Mit der Abspaltung hat das KIGA sämtliche Aufgaben, welche es als Abteilung des AWT innehatte, übernommen. Die in der Verordnung angegebene Zuständigkeit für den Vollzug stimmt deshalb mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr überein, zuständig ist nicht mehr das AWT, sondern das KIGA.

Die zuständige Amtsstelle wird allerdings erst in der Regierungsverordnung näher bezeichnet. Andernfalls bedarf es später für jede diesbezügliche Änderung einer Revision des Gesetzes. Dies würde auch der Intension der Kantonsverfassung widersprechen, welche der Regierung im organisatorischen Bereich grössere Freiheiten und damit Flexibilität einräumt.

3. Änderungen im Bereich des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde in den vergangenen Jahren mehrfach revidiert. So wurde es unter anderem an das Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Versicherungsrechts (ATSG) angepasst. Dies erfordert eine Revision der kantonalen Einführungserlasse.

II. Aufbau des Erlasses

Zumal der Bereich der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung wesentlich mehr Leute anspricht bzw. betrifft, rechtfertigt es sich, die entsprechenden Bestimmungen in einem ersten Teil des Gesetzes abzuhandeln. Entsprechende Bestimmungen zur privaten Arbeitsvermittlung und den Personalverleih finden sich im zweiten Abschnitt zu den Rechtsmitteln und viel mehr dann in der entsprechenden Ausführungsverordnung (BR 545.270).

III. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 1 Aufgaben

Absatz 1

Das zuständige Amt wird in der regierungsrätlichen Verordnung näher bestimmt. Die entsprechende Bestimmung gab es bereits in der alten Einführungsverordnung. Sie erfährt inhaltlich keine Veränderung.

Absatz 2

Das Wort Oberaufsicht wurde durch Aufsicht ersetzt, ansonsten unverändert.

Art. 2 Öffentliche Arbeitslosenkasse

Trotz der bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage für die kantonalen öffentlichen Arbeitslosenkassen empfiehlt das seco den Kantonen, die öffentliche Arbeitslosenkasse im kantonalen Gesetz zu erwähnen. Dies erfolgt nicht zuletzt aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtes, welches im Rahmen des Vollzuges des AVIG klare Aufgabenzuteilungen verlangt. Die besagte Rechtsprechung bedingt auch eine sehr detaillierte Verteilung der Aufgaben in der Regierungsverordnung.

Art. 3 Gemeinden

Auch dieser Artikel bestand bereits in der alten Vollzugsverordnung. Präzisierend wird neu in Absatz 2 festgehalten, dass sich ein Versicherter beim Gemeindearbeitsamt zum Bezug von Arbeitslosenversicherungstaggeld anmelden muss.

Art. 4 Beiträge

Keine Änderungen.

Art. 5 Beschwerde

Das AVIG und das AVG sehen unterschiedliche Rechtsmittelverfahren vor. Ungeachtet der Grundsätze von VFRR rechtfertigt es sich daher, die entsprechenden Rechtsmittelverfahren im kantonalen Erlass aufzuzeigen.

Art. 6 Strafverfahren

Keine Änderungen.

Art. 7 In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz bedarf der Genehmigung durch den Bund. Die Regierung setzt es danach in Kraft.

IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Revision hat keinerlei finanzielle oder personelle Auswirkungen.

V. Berücksichtigung der Grundsätze von VFRR

Da sowohl die Zuständigkeit für den Vollzug des AVG wie auch die Zuständigkeit für den Vollzug des AVIG beim KIGA liegt, rechtfertigt es sich in Nachachtung der Grundsätze des Projektes VFRR, die entsprechende Einführungsgesetzgebung in einem Erlass zusammenzufassen.

VI. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Einführungsgesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zuzustimmen;
3. die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 26. November 1991 aufzuheben;
4. die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 25. Januar 2000 aufzuheben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Einführungsgesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 40 und Artikel 41 des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 6. Oktober 1989 (AVG)¹⁾ und auf Artikel 113 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung (AVIG)²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005,

beschliesst:

I. Öffentliche Arbeitsvermittlung

Art. 1

¹⁾ Das Amt übt die Aufsicht über die Gemeindearbeitsämter aus, erlässt die notwendigen Weisungen und sorgt für die Aus- und Weiterbildung des Personals. Aufgaben

²⁾ Es sorgt für eine wirksame Zusammenarbeit:

- a) zwischen den für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung zuständigen Stellen;
- b) mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie mit anderen Organisationen, die auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung tätig sind.

Art. 2

Die Regierung erlässt ein Kassenreglement im Sinne von Artikel 79 AVIG für die öffentliche Arbeitslosenkasse Graubünden. Öffentliche
Arbeitslosenkasse

Art. 3

¹⁾ Die Gemeinden bezeichnen eine Stelle als Gemeindearbeitsamt, welche die ihr vom Bund und Kanton zugewiesenen Aufgaben vollzieht. Gemeinden

²⁾ Insbesondere nimmt das Gemeindearbeitsamt die Meldung im Sinne von Artikel 17 Absatz 2 AVIG entgegen.

¹⁾ SR 823.11

²⁾ SR 837.0

³ Es kann zu weiteren Massnahmen herangezogen werden, die mit der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsmarktstatistik in Zusammenhang stehen.

⁴ Mit der Zustimmung der Regierung können Gemeinden oder Gemeindeverbände regionale Arbeitsvermittlungsstellen einrichten.

Art. 4

Beiträge

Die Regierung kann im Rahmen des Voranschlages, insbesondere in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, Beiträge erbringen an:

- a) die Besoldung des Personals der Gemeindearbeitsämter;
- b) den Anschluss von regionalen Arbeitsämtern und Gemeindearbeitsämtern an das elektronische Informationssystem und an die dadurch entstehenden Schulungs- und Betriebskosten;
- c) im Auftrag des Kantons tätige gemeinnützige, private Arbeitsvermittlungsstellen.

II. Rechtsmittel und Strafverfahren

Art. 5

Beschwerde

¹ Das Rechtsmittelverfahren im Bereiche des AVIG richtet sich nach dem Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)¹⁾.

² Gegen Verfügungen des Amtes im Bereich des AVG kann beim zuständigen Departement Beschwerde erhoben werden.

³ Entscheide des Departementes können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

Art. 6

Strafverfahren

¹ Widerhandlungen gegen dieses Gesetz und entsprechende Ausführungsbestimmungen werden vom zuständigen Departement mit Busse bis 5000 Franken geahndet.

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden des Gesetzes über die Strafrechtspflege.²⁾

¹⁾ SR 830.1

²⁾ BR 350.000

III. Schlussbestimmung

Art. 7

Dieses Gesetz wird nach Ablauf der Referendumsfrist und der In-Kraft-Treten Genehmigung durch den Bund ¹⁾ von der Regierung in Kraft gesetzt.

¹⁾ Durch den Bund genehmigt am.....

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih

Aufhebung vom

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005,

beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 26. November 1991 wird aufgehoben.

II.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Einführungsgesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung

Aufhebung vom

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005,

beschliesst:

I.

Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 25. Januar 2000 wird aufgehoben.

II.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Einführungsgesetz zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft.

Lescha introductiva tar l'intermediaziun da lavur e tar l'assicuranza cunter la dischoccupaziun

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils art. 40 e 41 da la lescha federala davart l'intermediaziun da lavur e l'emprest da personal dals 6 d'october 1989 (LIL)¹⁾ e sin l'art. 113 da la lescha federala davart l'assicuranza obligatoria cunter la dischoccupaziun e davart l'indemnisaziun per insolvenza (LADI)²⁾,

sunter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 5 da fanadur 2005, concluda:

I. Intermediaziun publica da lavur

Art. 1

¹⁾ L'uffizi ha la surveglianza suprema dals uffizis da lavur communal, relascha las directivas necessarias e procura per la scolaziun e per il perfecziunament dal personal. Incumbensas

²⁾ El procura per ina collavuraziun efficazia:

- a) tranter ils posts ch'èn cumpetents per l'intermediaziun da lavur e per l'assicuranza cunter la dischoccupaziun;
- b) cun las federaziuns da las patrunas resp. dals patruns e da las lavurantas resp. dals lavurants sco er cun autras organisaziuns ch'èn activas sin il champ da l'intermediaziun da lavur.

Art. 2

La regenza relascha in reglament da cassa en il senn da l'artitgel 79 LADI Cassa publica da dischoccupaziun per la cassa publica da dischoccupaziun dal Grischun.

Art. 3

¹⁾ Las vischnancas designeschon in post sco uffizi da lavur communal che exequescha las incumbensas che al vegnan assignadas da la confederaziun e dal chantun. Vischnancas

¹⁾ CS 823.11

²⁾ CS 837.0

² En spezial prenda l'uffizi da lavur communal encunter l'annunzia en il senn da l'artitgel 17 alinea 2 LADI.

³ El po vegnir engaschà per ulteriuras mesiras che stattan en connex cun l'intermediaziun da lavur e cun la statistica dal martgà da lavur.

⁴ Cun il consentiment da la regenza pon las vischnancas u las corporaziuns da vischnancas endrizzar posts regiunals d'intermediaziun da lavur.

Art. 4

Contribuziuns

En il rom dal preventiv po la regenza pagar contribuziuns – spezialmain en temps da gronda dischoccupaziun:

- a) a la salarisaziun dal personal dals uffizis da lavur communal;
- b) a la colliaziun dals uffizis da lavur regiunals e communal al sistem d'infurmaziun electronic ed als custs da scolaziun e da manaschi che resultan da quai;
- c) a posts privats d'utilitad publica ch'intermedieschan lavur e che lavuran per incumbensa dal chantun.

II. Meds legals e proceduras penalas

Art. 5

Recurs

¹ La procedura da meds legals en il sector da la LADI sa drizza tenor la lescha federala davart la part generala dal dretg d'assicuranza sociala (LPGA)¹⁾.

² Cunter disposiziuns da l'uffizi en il sector da la LIL po vegnir fatg recurs tar il departament cumpetent.

³ Cunter decisions dal departament po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

Art. 6

Procedura penala

¹ Cuntravenziuns cunter questa lescha e cunter las disposiziuns executivas correspondentas vegnan chastiadadas dal departament cumpetent cun ina multa da fin 5 000 francs.

² La procedura sa drizza tenor las disposiziuns davart la procedura penala davant autoritads administrativas da la lescha davart la procedura penala²⁾.

¹⁾ CS 830.1

²⁾ DG 350.000

III. Disposiziun finala

Art. 7

La regenza metta en vigur questa lescha suenter la scadenza dal termin da Entrada en vigur referendum e suenter l'approvaziun tras la confederaziun ¹⁾.

¹⁾ approvada da la confederaziun ils ...

Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart l'intermediaziun da lavur e l'emprest da personal

aboliziun dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 5 da fanadur 2005,

concluda:

I.

L'ordinaziun executiva tar la lescha federala davart l'intermediaziun da lavur e l'emprest da personal dals 26 da november 1991 vegn abolida.

II.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha introductiva tar l'intermediaziun da lavur e tar l'assicuranza cunter la dischoccupaziun.

Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart l'assicuranza obligatoria cunter la dischoccupaziun e davart l'indemnisaziun per insolvenza

aboliziun dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 5 da fanadur 2005,

concluda:

I.

L'ordinaziun executiva tar la lescha federala davart l'assicuranza obligatoria cunter la dischoccupaziun e davart l'indemnisaziun per insolvenza dals 25 da schaner 2000 vegn abolida.

II.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha introductiva tar l'intermediaziun da lavur e tar l'assicuranza cunter la dischoccupaziun.

Legge d'applicazione sul collocamento e sull'assicurazione contro la disoccupazione

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti gli art. 40 e 41 della legge federale del 6 ottobre 1989 sul collocamento e il personale a prestito (LC)¹⁾ e l'art. 113 della legge federale sull'assicurazione obbligatoria contro la disoccupazione e l'indennità per insolvenza (LADI)²⁾,

visto il messaggio del Governo del 5 luglio 2005,

decide:

Servizio pubblico di collocamento

Art. 1

¹ L'Ufficio esercita la vigilanza sugli uffici comunali del lavoro, emana le necessarie direttive e provvede alla formazione e al perfezionamento del personale. Compiti

² Esso provvede a un'efficace collaborazione:

- a) tra gli uffici responsabili del collocamento e dell'assicurazione contro la disoccupazione;
- b) con le associazioni dei datori di lavoro e dei lavoratori, nonché con altre organizzazioni attive nel campo del collocamento.

Art. 2

Per la Cassa di disoccupazione pubblica dei Grigioni il Governo emana un regolamento della cassa ai sensi dell'articolo 79 LADI. Cassa di disoccupazione pubblica

Art. 3

¹ I comuni designano un ufficio quale ufficio comunale del lavoro, che esegue i compiti attribuitigli dalla Confederazione e dal Cantone. Comuni

² In particolare l'ufficio comunale del lavoro riceve l'annuncio ai sensi dell'articolo 17 capoverso 2 LADI.

¹⁾ RS 823.11

²⁾ RS 837.0

³ Esso può essere chiamato a collaborare in altri provvedimenti relativi al collocamento e alla statistica del mercato del lavoro.

⁴ Con il consenso del Governo i comuni o le corporazioni di comuni possono allestire uffici regionali di collocamento.

Art. 4

Sussidi

Il Governo può versare sussidi nei limiti del preventivo, specialmente in tempi con un'elevata disoccupazione:

- a) allo stipendio del personale degli uffici comunali del lavoro;
- b) all'allacciamento di uffici regionali e comunali del lavoro al sistema elettronico d'informazione e alle risultanti spese d'istruzione e d'esercizio;
- c) a uffici di collocamento privati di utilità pubblica, attivi per incarico del Cantone.

II. Rimedi giuridici e procedura penale

Art. 5

Ricorso

¹ La procedura dei rimedi giuridici nel settore della LADI si conforma alla legge federale sulla parte generale del diritto delle assicurazioni sociali (LPGA)¹⁾.

² Contro le decisioni dell'Ufficio nel settore della LC è data facoltà di ricorso al Dipartimento competente.

³ Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo.

Art. 6

Procedura penale

¹ Le infrazioni alla presente legge e a relative disposizioni esecutive vengono punite dal Dipartimento competente con multa fino a 5 000 franchi.

² La procedura si conforma alle disposizioni sulla procedura penale dinanzi alle autorità amministrative della legge sulla giustizia penale.²⁾

¹⁾ RS 830.1

²⁾ CSC 350.000

III. Disposizione finale

Art. 7

La presente legge viene posta in vigore dal Governo dopo la scadenza del termine di referendum e l'approvazione da parte della Confederazione ¹⁾. Entrata in vigore

¹⁾ Approvata dalla Confederazione il.....

Ordinanza d'esecuzione della legge federale sul collocamento e il personale a prestito

Abrogazione del

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del 5 luglio 2005,

decide:

I.

L'ordinanza d'esecuzione della legge federale sul collocamento e il personale a prestito del 26 novembre 1991 viene abrogata.

II.

La presente abrogazione entra in vigore insieme alla legge d'applicazione sul collocamento e sull'assicurazione contro la disoccupazione.

Ordinanza d'esecuzione della legge federale sull'assicurazione obbligatoria contro la disoccupazione e l'indennità per insolvenza

Abrogazione del

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del 5 luglio 2005,

decide:

I.

L'ordinanza d'esecuzione della legge federale sull'assicurazione obbligatoria contro la disoccupazione e l'indennità per insolvenza del 25 gennaio 2000 viene abrogata.

II.

La presente abrogazione entra in vigore insieme alla legge d'applicazione sul collocamento e sull'assicurazione contro la disoccupazione.

Geltendes Recht

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih

Gestützt auf Art. 40 und Art. 41 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 6. Oktober 1959 (AVG)¹⁾ und auf Art. 15 Abs. 3 der Kantonsverfassung²⁾

vom Grossen Rat erlassen am 26. November 1991³⁾

I. Zuständigkeit

Art. 1

¹ Für den Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih ist das Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden (Amt), zuständig. Grundsatz

² Es vertritt den Kanton gegenüber den Bundesämtern.

II. Öffentliche Arbeitsvermittlung

Art. 2

¹ Das Amt vollzieht die Vorschriften über die öffentliche Arbeitsvermittlung. Amt für
Wirtschaft und
Tourismus

² Es übt die Oberaufsicht über die Gemeindearbeitsämter aus, erlässt die notwendigen Weisungen und sorgt für die Aus- und Weiterbildung des Personals.

³ Es sorgt für eine wirksame Zusammenarbeit

¹⁾ SR 823.1

²⁾ BR 110.100

³⁾ B vom 27. August 1991, 199; GRP 1991/92, 534

- a) zwischen den für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung zuständigen Stellen,
- b) mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie mit anderen Organisationen, die auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung tätig sind.

Art. 3

Gemeinden

¹ Die Gemeinden führen auf eigene Kosten ein Arbeitsamt.

² Das Gemeindearbeitsamt vollzieht nach den Weisungen des Amtes die Vorschriften über die öffentliche Arbeitsvermittlung.

³ Es kann zu weiteren Massnahmen herangezogen werden, die mit der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsmarktstatistik in Zusammenhang stehen.

⁴ Mit Zustimmung der Regierung können Gemeinden oder Gemeindeverbände regionale Arbeitsvermittlungsstellen einrichten.

Art. 4

Informationssystem

¹ Das Amt betreibt in Zusammenarbeit mit dem Bund und mit anderen Kantonen ein elektronisches Informationssystem über Stellensuchende und offene Stellen (AVAM).

² Das Informationssystem dient der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsmarktbeobachtung sowie der Statistik und wird zur Unterstützung der Gemeindearbeitsämter und regionalen Arbeitsämter eingesetzt.

³ Mit Zustimmung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit sowie des Amtes können sich regionale Gemeindearbeitsämter an das Informationssystem anschliessen.

Art. 5

Beiträge

Die Regierung kann im Rahmen des Voranschlages, insbesondere in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, Beiträge erbringen an:

- a) die Besoldung des Personals der Gemeindearbeitsämter;
- b) den Anschluss von regionalen Arbeitsämtern und Gemeindearbeitsämtern an das elektronische Informationssystem und an die dadurch entstehenden Schulungs- und Betriebskosten;
- c) im Auftrag des Kantons tätige gemeinnützige, private Arbeitsvermittlungsstellen.

III. Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih**Art. 6**

Bewilligung

¹ Für die Erteilung und den Entzug von Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih ist das Amt zuständig.

² Gesuche um Erteilung einer Bewilligung sind beim Amt einzureichen.

³ Das Amt ist jederzeit berechtigt, private Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihunternehmungen auf das Vorhandensein der Bewilligungsvoraussetzungen zu überprüfen.

⁴ Sofern es die Verhältnisse erfordern, kann die Bewilligung entzogen oder mit Auflagen versehen werden.

Art. 7

¹ Kautionen gemäss Artikel 14 des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih ¹⁾ sind bei der Standesbuchhaltung Graubünden zu hinterlegen. Kaution

² Die Verzinsung der Barkautionen richtet sich nach Artikel 9 der Ausführungsbestimmungen zum Finanzhaushaltsgesetz. ²⁾

Art. 8

¹ Die nach den Bundesvorschriften zu erstattenden Meldungen der Arbeitgeber über Entlassungen von Arbeitnehmern und Betriebsschliessungen sowie für die Arbeitsmarktstatistik sind beim Amt, Abteilung Industrie, Gewerbe und Arbeit, einzureichen. Meldepflicht der Arbeitgeber

² Die Regierung kann in Zeiten erheblicher Arbeitslosigkeit die Meldepflicht für alle offenen Stellen einführen.

IV. Rechtsmittel und Strafverfahren

Art. 9³⁾

¹ Gegen Verfügungen des Amtes kann beim Departement des Innern und der Volkswirtschaft Beschwerde erhoben werden. Beschwerde

² Entscheide des Departementes können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

Art. 10⁴⁾

¹ Widerhandlungen gegen diese Verordnung sowie gestützt darauf erlassene Ausführungsbestimmungen ¹⁾ werden vom Departement des Innern und der Volkswirtschaft mit Busse bis 5000 Franken geahndet. Strafverfahren

¹⁾ SR 823.1

²⁾ BR 710.110

³⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 14 GrV über die Anpassung grossräthlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3419

⁴⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 14 GrV über die Anpassung grossräthlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3419

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden des Gesetzes über die Strafrechtspflege.²⁾

V. Vollzug

Art. 11

Ausführungs-
bestimmungen

Die Regierung kann die zum Vollzug dieser Verordnung notwendigen Ausführungsbestimmungen³⁾ erlassen.

VI. Schlussbestimmung

Art. 12

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1992 in Kraft. Mit der Inkraftsetzung wird die kantonale Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung vom 28. November 1951⁴⁾ aufgehoben.

¹⁾ Werden vorläufig nicht erlassen

²⁾ BR 350.000

³⁾ Werden vorläufig nicht erlassen

⁴⁾ AGS 1959, 62

Geltendes Recht

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung

Gestützt auf Art. 113 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz¹ [AVIG])

vom Grossen Rat erlassen am 25. Januar 2000²⁾

Art. 1

¹ Zuständige Dienststelle ist das kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA). Zuständigkeit

² Das KIGA übt die Kontrolle über die Gemeindearbeitsämter aus.

³ Es sorgt für die wirksame Zusammenarbeit der für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zuständigen Stellen.

Art. 2

Die Gemeinden bezeichnen eine Stelle als Gemeindearbeitsamt, welche die ihr vom Bund und Kanton zugewiesenen Aufgaben vollzieht. Gemeindearbeitsamt

Art. 3

Gegen Verfügungen des KIGA und der im Kanton tätigen Arbeitslosenkassen kann nach der Verordnung über das Verfahren in Sozialversicherungsstreitsachen³⁾ Beschwerde geführt werden. Beschwerdeinstanz und -verfahren

¹⁾ SR 837.0

²⁾ B vom 28. September 1999, 333; GRP 1999/2000,707

³⁾ BR 542.300

Art. 4Ausführungs-
bestimmungenDie Regierung erlässt Ausführungsbestimmungen.¹⁾**Art. 5**Inkrafttreten,
Aufhebung
bisherigen Rechts

¹ Diese Vollziehungsverordnung tritt mit der Aufhebung des Einführungsgesetzes vom 4. Dezember 1983 zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung²⁾ in Kraft.

² Auf diesen Zeitpunkt wird die Vollziehungsverordnung vom 25. November 1983³⁾ zu den bundesrechtlichen und kantonalen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung aufgehoben.

¹⁾ BR 545.270

²⁾ Mit Volksbeschluss vom 24. September 2000 aufgehoben

³⁾ AGS 1983, 1222